

IMI-Analyse 2002/078

auch in: Volksstimme, 26.09.2002

Das Öl und der Krieg

von Dirk Eckert *

**Ein Gespenst geht um an den Börsen und in Europas Hauptstädten:
Der Ölpreis könnte auf über 30 Dollar ansteigen, wenn die USA gegen den Irak in den Krieg ziehen, und hoch bleiben, wenn der Krieg länger andauert.**

Die Erfahrung aus dem Golfkrieg 1990/91 steht den vom Öl aus Nahost abhängigen EU-Staaten, die einen Krieg zum Sturz Saddam Husseins bislang ablehnen, als warnendes Beispiel vor Augen. Damals war der Ölpreis bis zum November 1990 auf das Doppelte angestiegen und erst mit Kriegsende wieder gefallen.

Ein kurzer Krieg wäre wirtschaftlich noch verkraftbar, ein längerer aber käme einer Katastrophe gleich. ExpertInnen und PolitikerInnen in Europa warnen deshalb vor dem Krieg gegen Saddam. Schon jetzt führe der höhere Ölpreis "zu realen Einkommensverlusten in der westlichen Welt", so Hans-Werner Sinn, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), "die Konsumenten geben weniger aus, und die Konjunktur erhält einen Dämpfer".

Auch in den USA gibt es warnende Stimmen. Miriam Pemberton von "Foreign Policy in Focus" äußerte am 13. September in einer Anhörung vor dem Kongress die Befürchtung, das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes könne um ein halbes Prozent sinken und die Inflation um ein Prozent nach oben gehen, sollte der Ölpreis um 10 Dollar steigen und ein Jahr lang in dieser Höhe bleiben. Jedes Mal, wenn jemand aus der Bush-Administration einen Angriff andeute, stiegen die Preise, kommentierte Pemberton: "Vize-Präsident Cheney hielt bspw. die erste von zwei Reden dieser Art am 26. August, und am Ende des Tages war der Preis für jedes Barrel Öl, das auf dem US-Markt verkauft wird, um 65 Cent gestiegen."

Die wirtschaftlichen Folgen halten die Bush-Administration bisher nicht von ihren Kriegsplänen ab. Unterstützung kommt jetzt zudem von der "Organisation Erdöl exportierender Länder" (OPEC). Zwar hat die OPEC trotz des hohen Ölpreises von 26,92 Dollar am 18. September und 27,36 Dollar einen Tag später noch keine Erhöhung der Förderquoten beschlossen. Aber sie hat angekündigt, den Ölpreis im Zweifelsfall stabil zu halten. Wie Ali el Nuaimi, der Ölminister von Saudi-Arabien, bei dem Treffen im japanischen Osaka sagte: "Wir werden auf Engpässe reagieren, ganz gleich was das Ereignis oder die Ursachen sind."

Die OPEC will sich schon am 12. Dezember wieder treffen, obwohl das nächste reguläre Treffen erst im

März ist. Die Saudis sind offenbar gewillt, ihrem großen Verbündeten USA in jedem Fall den Rücken frei zu halten. Die Ankündigung, saudische Basen für einen Krieg zur Verfügung zu stellen, sollte ein UN-Mandat vorliegen, weist in die gleiche Richtung.

Abhängig vom Öl

Die EU-Länder würden einen hohen Ölpreis viel weniger gut verkraften als die USA, die über größere eigene Ölreserven verfügen. Europa ist mehr als die Vereinigten Staaten von Lieferungen aus der Golfregion abhängig. Im Jahr 2001 verbrauchten die USA laut "BP Statistical Review of World Energy 2002" 895,6 Millionen Tonnen Erdöl und importierten 138 Millionen Tonnen aus dem Nahen Osten. Die EU, die mit 637,1 Millionen Tonnen weniger Öl verbraucht als die USA, bezieht mit 176,2 Millionen mehr Öl als die Vereinigten Staaten aus Nahost.

Noch größer ist die entsprechende Abhängigkeit im Falle Japans: Das Land bezieht 208,8 Millionen Tonnen aus der Golfregion - ein Großteil des gesamten Verbrauchs von 247,2 Millionen Tonnen. Die Abhängigkeit der Industriestaaten vom Schwarzen Gold aus Nahost verdeutlicht der "Economist". Bei einer vollständigen Unterbrechung der Ölzufuhr verfügten nur die USA und Japan nach 120 Tagen noch über Ölreserven - Deutschland dagegen würde "auf dem Trockenen" sitzen. Wie Olaf Storbeck am 1. April 2002 im "Handelsblatt" schrieb: "Die westliche Welt hängt am Ölhahn wie ein Heroinsüchtiger an der Nadel. (...) Aus dem Dilemma gibt es nur einen wirklichen Ausweg: Die westlichen Öl-Junkies müssen schleunigst zur Entziehungskur."

Statt einer Entziehungskur schlagen die Öl-Junkies aber einen anderen Weg ein. Der "Economist" zitiert in diesem Zusammenhang Winston Churchill, der vor dem Ersten Weltkrieg, als die Britische Flotte von Kohle- auf Ölversorgung umgestellt wurde, meinte: "Bei Öl liegen Sicherheit und Gewissheit in der Vielfalt und nur in der Vielfalt."

Hier kommt der Irak ins Spiel. Das Land verfügt mit geschätzten 112,5 Mrd. Barrel über die zweitgrößten Ölreserven der Welt. Gewinnen die USA einen Krieg

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Tel 07071/ 49154

Fax 07071/ 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de

08.10.02

gegen den Irak schnell und setzen ein ihnen freundliches Regime in Bagdad ein, könnten sie den Irak zur neuen Regionalmacht aufbauen und sich vor allem von Saudi-Arabien abwenden. Erst kürzlich hatten Mitglieder des "Defense Policy Board", das das Verteidigungsministerium berät, gefordert, Saudi-Arabien müsse als Feind eingestuft werden.

Allerdings ist die irakische Ölproduktion auf Grund des Embargos derzeit niedrig. Zu besten Zeiten lag sie bei gerade 3 bis 3,5 Millionen Barrel pro Tag, rund ein Drittel der saudischen Fördermenge. Aber auch Kuwait hat nur Reserven von 96,5 Milliarden Barrel - und für das Emirat haben die USA schon einmal einen Krieg geführt. Warum also nicht um den Irak? Rainer Hermann schreibt in der FAZ vom 2.9.2002: "Den ersten Krieg gegen den Irak haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten des Erdöls wegen geführt. Auch am zweiten Krieg wird es seinen Anteil haben."

Ein Irak mit neuer Regierung könnte außerdem den Preis drücken. Hermann kommt zu dem Ergebnis, dass sich bei einem US-Krieg gegen Irak die Lage für die arabischen Staaten verschlechtern würde: "Dieser neue Irak könnte aus der OPEC austreten, die Förderbeschränkungen des Ölkartells unterlaufen und die dominierende Rolle Saudi-Arabiens am Golf schwächen. Selbst wenn der Irak in der OPEC bliebe, brächen im Kartell erhebliche Spannungen aus."

Eine neue irakische Regierung könnte mit den jahrelangen Sanktionen argumentieren, die es nötig machten, die Ölförderung über das übliche Maß hinaus zu steigern, um Geld für den Wiederaufbau des von zehn Jahren Embargo gebeutelten Landes zu erwirtschaften. "Opec, Ruhe in Frieden?", fragt der "Economist" bereits.

Sollte der Krieg aber länger dauern und der Irak möglicherweise zerfallen, so droht der gesamte Nahe Osten in Chaos zu versinken. Dann hängt wieder alles von Saudi-Arabien ab, das bisher immer in die Bresche gesprungen ist und die Preise stabil gehalten hat. Der Westen ist den Ölscheichs im Krisenfall ausgeliefert.

Alternativen müssen also her. Zum Beispiel Russland: Das Land will an alte Sowjetleistungen anknüpfen und eine strategische Ölreserve für den Weltmarkt aufbauen. Die Fördermenge soll von geschätzten 7,1 bis 7,4 Millionen Barrel auf 12 Millionen erhöht werden. Damit würde das Land in etwa so viel fördern wie Saudi-Arabien und Iran zusammen.

Russland lehnt wie Deutschland einen Krieg gegen den Irak ab. Als erdölexportierendes Land fürchtet es aber nicht einen steigenden, sondern einen fallenden Ölpreis. Das könnte passieren, wenn der Irak nach dem Krieg wieder groß ins Ölgeschäft zurückkehren sollte, und würde dann Russlands Bemühen torpedieren, die eigenen Ölfelder zu entwickeln.

Noch mehr als auf Russland setzen die USA auf die Region um das Kaspische Meer. Nach Schätzung der US-Energiebehörde lagert dort ähnlich viel Öl wie in

Saudi-Arabien. Am 18. September wurde der Grundstein für eine Pipeline von Baku über Georgien in die Türkei gelegt. George W. Bush begrüßte den Baubeginn als "Verbesserung der globalen Energiesicherheit".

Investitionen im Irak

Es gibt aber noch einen Grund, weswegen Europa und Russland einen Krieg gegen den Irak ablehnen: Ihre Ölfirmen sind bereits im Irak aktiv. Unternehmen aus Frankreich, Russland, China, Indien, Italien, Vietnam und Algerien warten nur noch auf die Aufhebung der Sanktionen. So hat die russische Lukoil 1997 einen Vertrag im Wert von 4 Mrd. Dollar mit dem Irak abgeschlossen, um ein Ölfeld im Südirak zu entwickeln, in dem 15 Milliarden Barrel Öl vermutet werden. 2001 schloss Slavneft, ebenfalls ein russisches Unternehmen, einen Vertrag im Wert von 52 Mio. Dollar ab.

Das erklärt, weswegen für die USA eine Aufhebung der Sanktionen ohne Regimewechsel nicht in Frage kommt. In diesem Fall wären die Vereinigten Staaten wirtschaftlich im Hintertreffen. Ein gewaltsamer Sturz Saddam Husseins könnte das Blatt hingegen zugunsten amerikanischer Ölfirmen wenden. Einen Vorschmack darauf gab der frühere CIA-Direktor R. James Woolsey, als er am 15. September in der "Washington Post" den schon im Irak aktiven Firmen offen drohte: Wenn diese sich dafür einsetzten, dass der Irak eine andere Regierung bekommt, würden die USA ihrerseits ihr möglichstes tun, dass eine neue Regierung und amerikanische Ölfirmen mit ihnen zusammenarbeiten. Sollten sie sich jedoch an Saddam halten, dürfte es "schwierig bis unmöglich sein, eine neue irakische Regierung zu überzeugen, mit ihnen zusammenarbeiten".

Wie das Blatt berichtet, haben sich Vertreter vieler dieser Ölfirmen bereits mit der irakischen Opposition getroffen, um ihre Pfründe zu sichern. Ahmed Chalabi, Vorsitzender des Irakischen Nationalkongresses (INC), favorisiert aber ein Konsortium unter US-Führung, das die Ölfelder ausbeuten soll. Offiziell will der von den USA unterstützte Irakische Nationalkongress (INC) jedoch keine Position zu der Zukunft der Ölindustrie nach einem Sturz von Saddam Hussein beziehen.

* Dirk Eckert (Köln) ist freier Journalist, Politikwissenschaftler und IMI-Beirat.

Informationsstelle Militarisierung (IM) e.V.
Hechingerstraße 203
72072 Tübingen
Tel: 07071/49154
Fax: 07071/49159
Email: imi@imi-online.de
<http://www.imi-online.de>

<p>IMI-Spendenkonto: Kreissparkasse Tübingen BLZ 641 500 20 Konto 166 28 32</p>
